

Grüner Filz

Energie Der beschleunigte Ausbau der Windkraft spaltet die Umweltbewegung. Viele Ökoveteranen kritisieren das Geflecht aus Naturschutzverbänden, Betreibern, Behörden und Politik.

Wenn er die Schönheit, aber auch die Verhunzung seiner fränkischen Heimat zeigen will, lädt Enoch Freiherr zu Guttenberg gern zu einer Kutschfahrt ein. Der Vater des gefallenen CSU-Stars Karl-Theodor zu Guttenberg lässt seinen Stallmeister zwei Hengste vorspannen, und schon geht es los.

Durch das Schlosstor, vorbei an Feldern und Obstbäumen, hinein in den Wald aus majestätischen Lärchen und dunklen Kiefern. „Galopp!“, befiehlt er seinen Pferden, und die jagen dahin, bis sich das Land weitet. „Da hinten, das ist die Plassenburg.“ Der Dirigent zeigt auf einen viereckigen Umriss oberhalb der Wipfel, eine Renaissanceanlage, deren Anblick durch eine Reihe von Windrädern getrübt wird.

Eine Schande, was da gerade passiere, wettert Naturschützer Guttenberg, ein Verrat an der Landschaft. „Unsere Kinder werden sie nur noch auf den Gemälden von Caspar David Friedrich sehen.“

In wenigen Monaten feiert er seinen 70. Geburtstag, aber er denkt gar nicht daran abzutreten. Wenn der alte Mann nicht Bach, Haydn oder Beethoven dirigiert, hält er Volksreden gegen Windräder. „Als ich damit angefangen habe, kamen 60 oder 70 Leute, jetzt sind es mehr als 1000“, sagt Guttenberg. Der Freiherr ist das Gesicht einer Bewegung geworden, die ihrer Provinznische längst entwachsen ist.

Hunderte lokale Bürgerinitiativen haben sich zu Plattformen wie „Windwahn“ oder „Vernunftkraft“ zusammengeschlossen. Anfang des Jahres kam es zu einem offenen Bruch im Bund für Umwelt und Naturschutz (BUND), nachdem Windkraftgegner den neuen deutschlandweiten Verein „Naturschutzinitiative“ gründeten und Hunderte Mitglieder überliefen.

Dass Windstrom attackiert wird, ist nicht neu. Naturschützer beklagen schon lange die Verspargelung der Landschaft, und viele Anwohner haben Angst davor, dass die Windräder krank machen oder ihre Grundstücke entwerten könnten. Doch der Widerstand hat politisch eine völlig neue Qualität bekommen, seit sich auch viele Ökoveteranen auf die Seite der Gegner geschlagen haben, weil sie eine ungute Verfilzung von Grünen, Umweltverbänden, Lokalpolitikern und Verwaltung beobachten.

Guttenberg ist einer von ihnen. Er protestierte bereits gegen die atomare Wiederaufbereitungsanlage in Wackersdorf. Schon zuvor hatte er sich mit zwei anderen Umweltbewegten der ersten Stunde angefreundet: Hubert Weinzierl und Hubert Weiger. Zusammen mit anderen gründeten sie den BUND.

Weinzierl ist immer noch sein Freund, von Weiger lässt sich das nicht sagen. „Man duzt sich nicht mehr“, sagt Guttenberg in aristokratischer Zurückhaltung. Der BUND hat Guttenberg auf Unterlassung und Verletzung des Persönlichkeitsrechts verklagt, nachdem der Dirigent der Verbandsspitze vorgeworfen hatte, mit der Windparklobby „verquickt“ zu sein. Die Klage wurde zwar wieder fallen gelassen, Guttenberg legt aber noch einmal nach. Weiger, sagt er, sei „ein Judas, der unsere Philosophie von einst für ein Linsengericht verkauft“ habe.

Auslöser der Kontroverse ist unter anderem ein Windpark in Rheinland-Pfalz, der Kritikern als ein Paradebeispiel für die Nähe zwischen Umweltaktivisten, Ökostromunternehmen und Politik dient. Harry Neumann, ein BUND-Funktionär und Biologe aus der Region, brachte seine Organisation vor gut zwei Jahren dazu, gegen den Bau der Windräder zu klagen.

Sie gewann in zweiter Instanz im Eilverfahren, der Bau musste einstweilen gestoppt werden. Doch dann ließ der BUND die Klage fallen, weil nach zahlreichen Nachbesserungen ein Gutachten den Mühlen nun bescheinigte, „umweltverträglich“ zu sein. Als Neumann nicht nachgeben wollte, drängte das Büro der



JENS BÜTTNER / DPA

Rotorblätter vor der Auslieferung
Alle wollen mitverdienen

grünen rheinland-pfälzischen Umweltministerin Ulrike Höfken auf Fortsetzung des Projekts, Neumann empfand es als Drohung. Auch der BUND ließ Neumann im Stich, so sein Eindruck.

Neumann trat aus dem Verband aus und unterstützt seither Guttenberg. Der erlebt ein merkwürdiges Déjà-vu und fühlt sich in Wackersdorfer Zeiten zurückversetzt, als Bürgermeister und Landrat mit den Atomkonzernen unter einer Decke steckten. „Nur ist der Filz heute nicht schwarz, sondern grün“, sagt er.

Für Leute wie Guttenberg stellt sich die Welt so dar: Alle wollen mitverdienen. Die Umweltverbände durch Gutachteraufträge und Spenden. Die Kommunen durch Steuern und Konzessionsabgaben. Die leitenden Beamten durch lukrative Posten in der Ökostromindustrie. 1977 prägte der Zukunftsforscher Robert Jungk den Begriff des „Atomstaats“. Schon ist vom „Windstaat“ die Rede.

Mancher Atomgegner von einst kämpft heute gegen das, was er für die neue Gefahr hält. Ein Mann wie Manfred Knake zum Beispiel, der im windreichen Ostfriesland lebt. „In den Siebzigern habe ich den Vorläufer der Grünen auf Landesebene mitgegründet“, sagt er. Jetzt kämpft er gegen sie. Seine Waffe ist das Fernglas.

Knake steht im Windpark Utgast und zeigt auf eine Wiese. „Die Windmühlen mit ihrem Schattenwurf und den Geräuschen verscheuchen viele der seltenen Vögel. Und gleich da vorn beginnt das Vogelschutzgebiet.“ Fast täglich schleicht der 69-Jährige über das ostfriesische Flachland und hält Ausschau nach Vögeln, auch heute wieder. Es ist das Hobby des ehemaligen Biologielehrers. In seinem Auto liegt immer ein Gästefernglas. „Hier, schauen Sie mal durch!“

Viel sieht er nicht, seit vor 21 Jahren drei Kilometer von seinem Haus entfernt ein Windpark entstand. Knake wohnt in der Gemeinde Holtgast nicht weit von der Küste. Hunderte Windmühlen ragen hier in den Himmel. Ihm und seinen Mitstreitern geht es nicht nur um die optische „Verspargelung“ der Landschaft. Sie wehren sich gegen eine Front aus Kommunalpolitikern und Windmühlenbetreibern, die zuweilen in Personalunion agieren. „Dafür werden naturschutzrechtliche Bedenken einfach weggewischt“, sagt Knake. Empfehlungen zum Mindestabstand zu Vogelschutzgebieten würden oft unterlaufen.

Zu Hause wartet seine Frau Christiane mit Apfelkuchen und einem Stapel Akten: Dutzende Auszüge aus dem Handelsregister. Sie zeigen ein auffälliges Muster: Bürgermeister, Lokalpolitiker und Behördenleiter, die zugleich als Geschäftsführer für Windparks arbeiten und dann an ihnen verdienen. Ein dubioses Geflecht aus Kommunal- und Strominteressen.

So ist im Landkreis Aurich der Windparkgeschäftsführer Berthold Steinert gleichzeitig Leiter des Ordnungsamts. Steinert füllt dabei eine pikante Doppelrolle aus. Einige der Mühlen werden vom Landkreis selbst betrieben. Und praktischerweise auch genehmigt.

Der Behördenchef kann in seiner Zweifachfunktion keinen Interessenkonflikt erkennen. Schließlich habe „das Ganze das Innenministerium abgesegnet“. Seine Arbeit als Geschäftsführer sei zudem „reine Privatsache“.

Steinert taucht auch an anderer Stelle auf, in der 7000-Seelen-Gemeinde Hinte. Dort plant der Beamte zusammen mit SPD-Bürgermeister Manfred Eertmoed und einem Investor gut ein Dutzend Mühlen. „Der Landkreis Aurich hat das geprüft“, sagt der Bürgermeister.

Auch in der Nachbargemeinde Dornum teilen sich einige wenige die entscheidenden Funktionen auf. Der Gemeindekämmerer Thomas Erdmann ist hier gleichzeitig Windparkgeschäftsführer – und beteiligt sich mit eigenem Geld an den Mühlen.

Auch Erdmann beruft sich darauf, dass doch alles legal sei. „Der Verwaltungsausschuss hat es abgesegnet“, sagt er. Solche Praktiken sind nicht auf Ostfriesland beschränkt. In vielen Regionen der Republik fühlen sich Menschen hilflos. Windparkentwickler und Projektierer suchen sich Verbündete beim Landkreis und in der Gemeinde. Und manch leitender Mitarbeiter der Behörden wird dann als Geschäftsführer der Betreiberfirmen eingesetzt.

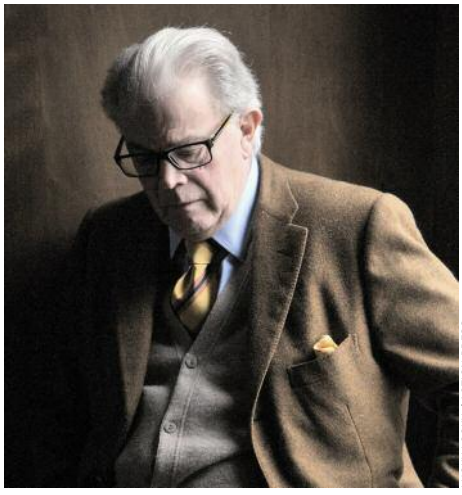
Doch inzwischen wächst der Widerstand. „Die Stimmung kippt, weil die Leute merken, dass es nur ums Geschäft geht“, sagt Anti-Wind-Aktivist Knake. Der Groll der neuen Ökowutbürger zeigt Wirkung. Der BUND versucht den Konflikt zwischen Naturschutz und erneuerbaren Energien auszugleichen, scheitert dabei aber bei einer ganzen Reihe seiner Mitglieder. Die Organisation gesteht in einem Positionspapier ein, dass in der Vergangenheit Fehler gemacht wurden. „Konfliktträchtige Standorte müssen von vornherein ausgeschlossen werden“, sagt Verbandschef Weiger. Bürger will er besser an den Entscheidungen beteiligen.

Auch die Nähe von Betreibern und Kommunalpolitikern hält Weiger für problematisch. Die kommunale Selbstverwaltung sei in der Vergangenheit gestärkt worden, um Bürokratie abzubauen. „Bei der Auswahl von Flächen für Windanlagen muss die Entscheidung wieder stärker auf Land und Bund verlagert werden.“ Nur so könne man Interessenkollisionen vermeiden.

Zugleich setzen Regierung wie Befürworter eines weiteren Ausbaus auf mehr Bürgerbeteiligung, um mehr Akzeptanz der Bevölkerung zu schaffen. Enoch zu Guttenberg kann das nicht besänftigen. Während die Kutsche über seine Latifundien schaukelt, schimpft der Freiherr über die „spätkapitalistische Ungerechtigkeit“ der Energiewende. Das Geld des kleinen Mannes, der Milliarden für die Erneuerbaren zahle, werde durch die Energiewende in die Taschen vieler Großgrundbesitzer gelenkt. Denn die verpachten ihre Ländereien an die Windparkbetreiber.

Aber es gebe einige wenige Aufrechte, die dem Mammon widerstünden. Er selbst natürlich. Auf den Hügeln von Guttenberg, sagt er voller Stolz, gebe es „keine Wahrzeichen des Niedergangs“.

Julia Klaus, Gerald Traufetter



LUCKY LOOKY / ACTION PRESS

Umweltschützer Guttenberg
„Galopp!“